

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	iii
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	v
TABELLENVERZEICHNIS	vii
1. EINLEITUNG	1
2. INSTITUTIONELLE RAHMENBEDINGUNGEN DES STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKTS	4
2.1. Der Maastrichter Vertrag als Grundlage des Stabilitäts- und Wachstumspakts	4
2.1.1. Die Koordinierung der Finanzpolitik im Maastrichter Vertrag	4
2.1.2. Gewährleistung der Haushaltsdisziplin durch Verbot eines finanziellen Beistands	5
2.1.3. Begrenzung öffentlicher Nettokreditaufnahme und Grenzwert für die Schuldenstandsquote	6
2.2. Die Funktionen und Ziele des Stabilitäts- und Wachstumspakts	8
2.2.1. Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken	8
2.2.2. Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit	10
2.2.3. Ziel eines ausgeglichenen oder sich im Überschuss befindlichen Haushalts - das Konzept der „automatischen Stabilisatoren“	14
2.3. Zwischenfazit	17
3. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE BEGRÜNDUNG FÜR FISKALISCHE RESTRIKTIONEN IN DER EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSUNION	19
3.1. Rechtfertigung des Stabilitäts- und Wachstumspakts aufgrund eingeschränkter Glaubwürdigkeit der „no-bail-out-Klausel“	19
3.2. Rechtfertigung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zur Verhinderung negativer externer Effekte in einer Währungsunion	21
3.3. Rechtfertigung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zur Sicherstellung einer von der Fiskalpolitik ungestörten Durchführung der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank	24
3.4. Rechtfertigung des Stabilitäts- und Wachstumspakts aus politökonomischen Gründen	30

3.5. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Instrument zur Herausbildung einer europäischen Stabilitätskultur	31
3.6. Zwischenfazit	33
4. EINE EMPIRISCHE ANALYSE DER BISHER ERREICHTEN ERGEBNISSE DES STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKTS	35
4.1. Zur Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts	35
4.1.1. Anwendung des Frühwarnsystems	36
4.1.2. Einleitung des Verfahrens nach Art. 104 EGV	39
4.1.2.1. Portugal	39
4.1.2.2. Deutschland	41
4.1.2.3. Frankreich	43
4.2. Zwischenfazit zur Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts	46
4.3. Die Entwicklung der Staatsfinanzen in der Europäischen Union und in den Beitrittsländern in Folge des Maastrichter Vertrags und des Stabilitäts- und Wachstumspakts	48
4.3.1. Empirische Befunde zur Entwicklung der Haushaltssalden in der Europäischen Union	49
4.3.2. Empirische Befunde zur Entwicklung der öffentlichen Bruttoverschuldung in der Europäischen Union	52
4.3.3. Exkurs: Die Beitrittsländer	53
4.3.3.1. Die Entwicklung des staatlichen Haushaltsdefizits	55
4.3.3.2. Die Entwicklung der staatlichen Bruttoverschuldung	57
4.4. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Instrument zur Sicherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	59
4.4.1. Das Konzept der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	59
4.4.2. Die demographische Entwicklung und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Union	61
4.4.3. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in der Europäischen Union	62
4.4.4. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in den Beitrittsländern	64
4.5. Zwischenfazit zu der Entwicklung der öffentlichen Finanzen in der Europäischen Union und in den Beitrittsländern	67
4.6. Einschränkung des finanzpolitischen Bewegungsspielraums durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt?	68
5. FAZIT UND AUSBLICK	74
ANHANG	79
LITERATURVERZEICHNIS	122